

Lösungen gemeinsam finden

Photo © Jan Freese, DVS

von Karin Jürgens und Andrea Fink-Kefler

Der Nationalen Aktionsplan zur nachhaltigen Anwendung von Pflanzenschutzmitteln (NAP) soll die Risiken des chemischen Pflanzenschutzes mindern. Dafür müssen Lösungsstrategien mit unterschiedlichen Akteuren auf regionaler und überregionaler Ebene entwickelt werden. Pflanzenschutz muss als ein gesellschaftliches Anliegen aller betrachtet werden. Nur so wird eine erfolgreiche Umsetzung des NAP realisierbar sein.

Chemischer Pflanzenschutz birgt Risiken

Die Risiken der Pflanzenschutzmittel sind nicht nur Gegenstand umfassender Prüfungen bei ihrer gesetzlichen Zulassung, sondern auch Teil der rechtlichen Regelungen für die Ausbringung (wie z.B. Abstand zu Gewässern, Einhalten bestimmter Zeitfenster, Gebrauch einer bestimmten Ausbringtechnik). Auch bei einer ordnungsgemäßen Anwendung gibt es Risiken für die Umwelt. Mit dem Nationalen Aktionsplan zur nachhaltigen Anwendung von Pflanzenschutzmitteln liegt nun ein weiteres Instrument vor, um die Risiken des chemischen Pflanzenschutzes zu mindern. Sein Ziel ist ehrgeizig: bis 2020 sollen die Risiken um 25 Prozent reduziert sein. Der

NAP will dieses Ziel auf vielfältigen Wegen erreichen, u.a. sollen kultur- und sektorspezifische Leitlinien für integrierten Pflanzenschutz entwickelt und umgesetzt werden. Dazu sollen landwirtschaftliche Praktiker, Anbauverbände und Expertengremien zusammenarbeiten.

Risikominderung braucht die Zusammenarbeit aller Akteure

Das hohe Ertragsniveau in der Landwirtschaft ist heute nicht ohne einen Mindesteinsatz von chemischem Pflanzenschutz zu halten. Unter den gegenwärtigen agrarpolitischen Bedingungen bedarf es dabei einer hohen Intensität. Chemischer Pflanzenschutz ist so gesehen eine

gesellschaftliche Entscheidung. Daher ist nicht der Landwirt allein verantwortlich, wenn es um eine Risikominimierung geht, sondern das gesamte Agrar- und Ernährungssystem: wie u.a. die Qualitätsvorgaben von Verarbeitern und Handel, die Absatzinteressen der Zulieferer und die Preiserwartungen der Konsumenten. Risikominimierung geht daher alle an.

Der chemische Pflanzenschutz steht zusätzlich in Konflikt mit anderen gesellschaftlichen Entscheidungen: die Biodiversität soll erhalten und gefördert werden – chemischer Pflanzenschutz reduziert diese. Die Trinkwasser- und allgemein die Wasserqualitäten sollen verbessert werden – dafür ist die Wasserrahmenrichtlinie der EU auf den Weg gebracht worden. Mit ihr sollen unter anderem die Einträge von Pflanzenschutzmitteln und ihrer Metaboliten in Gewässer verringert werden. Bodenerosion soll vermieden, möglichst auf wendende Bodenbearbeitung verzichtet werden – dies bedeutet aber unter Umständen, dass Ernterückstände und Unkräuter nicht mechanisch sondern mit einem Mehr an chemischen Pflanzenschutzmitteln bekämpft werden müssen. Umweltprobleme – das zeigen diese Beispiele – haben in der Regel keine einfachen Ursache-Wirkungsbeziehungen, sondern bestehen aus einem Problem-Mix, der je nach Region ganz unterschiedliche Ausprägungen haben kann. Diese Probleme allein mit direktiven Lösungen, d.h. „von oben“ mit ordnungsrechtlichen Mitteln, Handlungsanweisungen und Unterlassungsgeboten regeln zu wollen, kann nicht gelingen, führt zu Umsetzungsschwierig-



Photo © lightpoet, forolia.com

keiten oder stößt auch auf geringe Akzeptanz. Soll dies vermieden werden, bedarf es der zusätzlichen regionalen Sicht der Akteure vor Ort und ihrer Zustimmung. Zusammenarbeiten – kooperieren – gemeinsam Lösungen entwickeln – aber wie? Was braucht es, damit der Nationale Aktionsplan ein großer Schirm wird, der vielfältige und auf die Regionen und Landwirtschaft hin abgestimmte Lösungswege



Foto © timephotocase.com

Autorinnen:



Dr. Andrea Fink-Keßler

Büro für Agrarpolitik und
Regionalentwicklung
Tischbeinstraße 112
34121 Kassel
afk@agr-ar-regional-buero.de



Dr. Karin Jürgens

Büro für Agrarsoziologie
& Landwirtschaft (BAL)
Heiligenstädter Str. 2
37130 Gleichen
Tel. 05592/ 927567
kj@agr-arsoziologie.de

bei der Minderung des Risikos chemischen Pflanzenschutzes unterstützen kann?

Der Nationale Aktionsplan bietet Ansätze für neue Lösungswege

Pflanzenschutz ist Ländersache. So sieht es das Pflanzenschutzgesetz. Nun tritt seit dem Jahr 2004 der Bund auf und entwickelt in breit angelegten, partizipativen Prozessen zunächst das „Reduktionsprogramm chemischer Pflanzenschutz“ und, flankiert von der EU, schließlich im Jahr 2008 den ersten Aktionsplan zur nachhaltigen Anwendung von Pflanzenschutzmitteln. Aktuell ist seine Überarbeitung kurz vor der Fertigstellung. Eine grundlegende Einführung zum Nationalen Aktionsplan gibt Dr. Bernd Hommel vom Julius-Kühn-Institut. Aus der Perspektive unterschiedlicher Interessen kommentieren den NAP Dr. Johannes Balg, praktizierender Landwirt, Steffen Pinggen, Vertreter des deutschen Bauernverbandes und Dr. Hubert Weiger vom Bund Umwelt Naturschutz (BUND).

Der Aktionsplan Pflanzenschutz versteht sich mehr als Handlungsrahmen, der Wege ebnet für Lösungsstrategien auf regionaler und betrieblicher Ebene. Der NAP ruft daher zu einer Zusammenarbeit aller auf: der landwirtschaftlichen Fachbehörden und Fachberatungen des Gewässer-, Umwelt- und Naturschutzes des Bundes und des Landes, der Agrar- und Industrieverbände und der Umwelt- und Verbraucherverbände und natürlich der Landwirtschaft selbst. Er ruft dazu auf, die Risiken durch die Anwendung von Pflanzenschutzmitteln auf Basis der spezifischen regionalen Problemstellungen in Angriff zu nehmen und die vorhandenen Förderinstrumente (z.B. die Agrarumweltmaßnahmen) auf den Aktionsplan auszurichten und zu nutzen. Dr. Erich Jörg vom Landwirtschaftsministerium Rheinland-Pfalz und Dr. Wolfgang Zornbach vom BMELV erläutern die Verbindungen zwischen dem NAP und den Maßnahmen zur Umsetzung der EU-Wasserrahmenrichtlinie sowie der Förderung von Agrarumweltmaßnahmen. Dass mit einem ergebnisorientierten Ansatz bei den Agrarumweltmaßnahmen auch im Bereich der Reduktion von chemischem Pflanzenschutz Ziele erreicht werden könnten, diskutiert Dr. Horst Henning Steinmann von der Universität Göttingen.

Die Umsetzung des NAP ist Aufgabe der Pflanzenschutzämter auf Landes-

ebene. Seine erfolgreiche Umsetzung bedarf deshalb einer deutlichen Ausdehnung der Beratungskapazitäten, darauf machen die Beiträge der Ländervertreter Dr. Joachim Vietinghoff aus Mecklenburg-Vorpommern, Frau Dr. Carolin von Kröcher aus Niedersachsen und Dr. Martin Glas aus Baden-Württemberg aufmerksam. Der freiberufliche landwirtschaftliche Pflanzenschutzberater Dr. Stephan Deike ergänzt die Perspektive der Offizialberatung um die Forderung möglichst praxisingerechter und klarer Vorgaben. Frau Gesa Kohnke-Bruns von der Wasserschutzberatung Hamburg fordert eine gute Vernetzung der Beratungskräfte der unterschiedlichen Fachbehörden.

Zusammenarbeiten – kooperieren – gemeinsam Lösungen entwickeln

Umsetzungsstrategien müssen viele Wege gehen. Wo gibt es bereits gelungene Formen der Zusammenarbeit. Von wem und wo kann gelernt werden? Was braucht es, damit der Nationale Aktionsplan vielfältige und auf die Regionen hin abgestimmte neue Lösungswege bei der Minderung des Risikos chemischen Pflanzenschutzes unterstützen kann? Dr. Bernhard Groß berichtet über gute Erfahrungen mit der Einrichtung von Demonstrationsbetrieben. Karl-Heinz Kolb zeigt an einem Beispiel aus der Rhön, wie ein Brothersteller zusammen mit den Landwirten und mit Hilfe alter Getreidesorten ein Mehr an Umweltschutz und Brotqualität erreicht. Martin Wirth vom Kooperationsprojekt Stevertal berichtet über langjährige Erfahrungen, wie Pflanzenschutzbelastungen im Trinkwasser gemeinsam mit Landwirten, Agrarberatung, Wasserwirtschaft, Handel und Hersteller von Pflanzenschutzmitteln vermieden werden können. Um ein erfolgreiches Konzept von Zusammenarbeit geht es auch im Beitrag von Frau Brigitte Leicht von Naturschutzbetrieben. Im letzten Teil erfahren Sie über gute Praxisbeispiele: Harald Kramer von der Landwirtschaftskammer NRW stellt einfache technische Lösungen für vor, Bernhard Pallutt weist Wege auf, wie eine schonende Bodenbearbeitung und Reduktion chemischer Pflanzenschutz vereinbar werden. Und Alexander Hegger berichtet von der Aktion „Bunte Felder“, einer Initiative in der Interessen von Naturschutz und Landwirtschaft erfolgreich zusammengeführt werden.